



Dr. Karl-Theodor Frhr. zu Guttenberg
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag
Karl-Theodor Frhr. zu Guttenberg, MdB
Postanschrift:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Besucheranschrift:
Jakob-Kaiser-Haus 3.207
Tel: (030) 227 – 732 90
Fax: (030) 227 – 760 90
Email: karl-theodor.guttenberg@bundestag.de

Wahlkreis
Karl-Theodor Frhr. zu Guttenberg, MdB
Fritz-Hornschuch-Str. 13
95326 Kulmbach
Tel: (09221) 76 690
Fax: (09221) 76 677

Email: kt@zuguttenberg.de

Homepage: www.zuguttenberg.de

Berlin, 24.05.2007

Sehr geehrte

vielen Dank für Ihre Postkarte zu der *Aktion Volksabstimmung*. Gerne nehme ich die Möglichkeit wahr, Ihnen meine persönliche Position zu diesem Thema darzulegen. Als bayrischer Abgeordneter habe ich durchaus Erfahrungen mit Elementen der direkten Demokratie machen können. Wie Sie sicherlich wissen, war Bayern das erste Bundesland, das Volksbegehren in die Verfassung aufnahm und seine Verfassung sodann auch per Volksentscheid im Jahre 1946 in Kraft treten ließ.

Seither gab es eine Vielzahl, mehr als in jedem anderen Bundesland, von Volksbegehren, Volksentscheiden und obligatorischen Verfassungsreferenden im Freistaat. Man kann wohl durchaus behaupten, dass sich einige direktdemokratische Elemente auf kommunaler und teilweise auch auf Landesebene in Bayern bewährt haben. Politisches Engagement ist ein zentraler Aspekt einer aktiven Zivilgesellschaft und daher sehr begrüßenswert. Nicht zuletzt deshalb begegne ich solchen Ideen mit größtem Respekt.

Man darf allerdings zwei Faktoren nicht außer Acht lassen: Zum einen besteht bei Plebisziten stets die Gefahr des Missbrauches. Sei es durch nicht sachgerechte oder gar populistische Aufbereitung von Themen und Sachfragen durch einzelne Interessensgruppen. Zum anderen werden die Fragestellungen in unserer pluralistischen Gesellschaft immer vielschichtiger und bedürfen im Entscheidungsprozess einer detaillierten Analyse und Reflektion. In unserer

repräsentativen Demokratie wird diesen Erfordernissen durch parlamentarische Diskussionen, die meist in Kompromisslösungen münden, Rechnung getragen. Hierdurch können vielfältige Meinungen, Gedanken und verschiedene Positionen in Entscheidungen einfließen. Dies stellt sicher, dass auch Interessen von Minderheiten Gehör finden und das Ergebnis in der Bevölkerung eine maximale Tragfähigkeit erreicht. Eine Reduzierung komplexer Sachverhalte auf eine *JA oder Nein* Frage scheint mir daher häufig nicht der richtige Weg zu sein.

Auf europäischer Ebene wäre eine Erweiterung direktdemokratischer Elemente unter gewissen Voraussetzungen hingegen durchaus vorstellbar. Für Deutschland sehe ich allerdings die Notwendigkeit von mehr direktdemokratischen Elementen aus den genannten Gründen nicht gegeben.

Mit freundlichen Grüßen,

Wolfgang
G. H. J. J. J.